

## Höchste Eisenbahn für die Homoehe (C 4)

**„Komm‘ in die Hufe, Herta !“**

Die Jusos des Bezirks Hessen-Süd fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Bundesjustizministerin auf, endlich die Beschlüsse des SPD-Wahlprogramms 1998 hinsichtlich der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften umzusetzen.

Herta Däubler-Gmelin hat mehrfach den Termin für die Einbringung eines Gesetzentwurfs verschoben. Nachdem ursprünglich dieser Bereich schon im 100-Tage-Programm verwirklicht werden sollte, wurde der Termin für die Einbringung eines Gesetzentwurfs immer weiter nach hinten verschoben. Erst hieß es nach dem Sommer 1999, dann im Herbst 1999, dann wurde von Herta Däubler-Gmelin erklärt, der Herbst gehe bis zum 21.12.1999. Jetzt kann man davon ausgehen, dass der Herbst 1999 ausgeklungen ist – ein Gesetzentwurf ist aber noch immer nicht in Sicht. Die Bundesjustizministerin erweckt den Eindruck, als sei ihr das Thema nicht genehm, so dass sie es immer weiter mit immer neuen Begründungen verschiebt.

Die bislang lückenhaft veröffentlichten Rohentwürfe machen deutlich, dass erheblicher Handlungsbedarf in dieser Frage besteht. So wird erkennbar, dass der derzeitige Rohentwurf (Stand Anfang Januar 2000) Regelungen beinhaltet, die nicht dem Zweck der Sache dienen. Die Grundidee der Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ist gerade die, die bislang bestehenden Diskriminierungen dieser Gruppe aufzuheben. Der Rohentwurf aber zeigt, dass hier in vielen Bereichen unterschiedliche Regelungen zum bürgerlichen Recht gemacht werden, so dass es wieder Sondertatbestände für Lesben und Schwule geben wird. Dies ist dem Gedanken des Abbaus von Diskriminierungen nicht förderlich. Auch macht der Rohentwurf deutlich, dass bestimmte Regelungen gar nicht angepackt werden sollen. Einer Gesprächsrunde zu Folge hieß es von der Bundesjustizministerin dazu, dass sich die Lesben und Schwulen doch die fehlenden Regelungen einklagen sollen. Das ist nach Auffassung der Jusos aber ein Armutszeugnis des Gesetzgebers und der federführenden Ministerin, wenn tatsächlich die betroffenen Gruppen per se an die Gerichte verwiesen werden. Das bedeutet, dass Diskriminierung in Kauf genommen wird – aus Gründen einer vermeintlichen Praktikabilität oder eher einer mangelnden Durchsetzungskraft.

Vielleicht sollte man der Ministerin ein Zitat aus dem SPD-Parteiprogramm mitgeben: „Der Wandel der Gesellschaft spiegelt sich im Wandel der Lebens- und Beziehungsformen. In ihren Lebensgemeinschaften suchen Menschen Liebe, Geborgenheit, Anerkennung und Wärme. Sie gehen dazu vielfältige Formen von Bindungen ein, die auf Dauer angelegt sind. Davon ist die Ehe die häufigste. Sie steht wie die Familie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Für uns haben aber alle Formen von Lebensgemeinschaften Anspruch auf Schutz und Rechtssicherheit. Keine darf diskriminiert werden, auch die gleichgeschlechtliche nicht.“ Die Jusos fordern die Bundesjustizministerin auf, der Sache wegen endlich zu handeln. Weiterhin soll auch die Bundestagsfraktion sich der Sache annehmen und sie vorantreiben. Schon in der 13. Wahlperiode hat die SPD-Fraktion mit einem Entwurf von Margot von Renesse einen wegweisenden Plan für die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften vorgelegt. Die Grundidee des Entwurfs ist noch heute gültig und sollte bei den Verhandlungen um einen Gesetzentwurf mit eingefügt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion muss aber auf eines achten: Der Gesetzentwurf muss baldmöglichst vorgelegt werden und darf nicht weiter verschoben werden. Drum heißt es nicht nur für die Jusos sondern auch für die Fraktion: „Komm‘ endlich in die Hufe, Herta!“